

# ANTRÄGE

# Antrag G 1

Antragsteller\*in: Jusos Ansbach  
Adressat\*innen: Bundesparteitag, Landesparteitag, Bezirksparteitag,  
Unterbezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, Juso  
Landeskongferenz, Juso-Bezirkskonferenz

## 1 FÜR EINE KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG 2 MIT HOMÖOPATHIE<sup>1</sup>

3 Die Verschreibung von homöopathischen Mitteln und die Über-  
4 nahme der Kosten durch die Krankenkasse vermitteln Patient\*in-  
5 nen immer wieder ein Gefühl der Gleichwertigkeit von Homöo-  
6 pathie und Schulmedizin, auch wenn es um schwerwiegendere  
7 Erkrankungen geht. Dabei ist die Wirksamkeit von homöopathi-  
8 schen Mitteln durch keine erstzunehmende wissenschaftliche S-  
9 tudie bestätigt.

10 Des Weiteren müssen homöopathische Mittel nach aktueller Ge-  
11 setzeslage nicht nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihre Wirk-  
12 samkeit geprüft werden, bevor sie in den Verkauf gelangen, im  
13 Gegensatz zu herkömmlichen Medikamenten der Schulmedizin,  
14 die strengen Auflagen unterliegen.

15 Deshalb fordern wir die gleichen Zulassungsverfahren für Schul-  
16 medizin und homöopathische Mittel.

---

1 Homöopathische Mittel sind dabei solche Heilverfahren,  
bei denen Kranke mit jenen Mitteln in hoher  
Verdünnung behandelt werden, die in größerer Menge bei Ge-  
sunden ähnliche Krankheitserscheinungen  
hervorrufen. Die Homöopathie ist von der Naturheilkunde zu  
unterscheiden, welche eine Krankheitstherapien  
mit natürlichen Mitteln vertritt.

# Antrag G 2

Antragsteller\*in: SPD Nürnberg

Adressat\*innen: SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag

## 1 JUNGE MENSCHEN MIT PSYCHISCHER 2 ERKRANKUNG UNTERSTÜTZEN

3 Die SPD setzt sich dafür ein, das soziale Netz und die Unterstüt-  
4 zung für Menschen mit psychischen Erkrankungen auszubauen  
5 und zu stärken. Besonders Angebote für Jugendliche und junge  
6 Erwachsene mit psychischen Erkrankungen, wie bspw. Vernünftige  
7 tagesstrukturierende Maßnahmen, Kontaktmöglichkeiten,  
8 usw. im Schnittpunkt zwischen der Hilfe für Menschen mit psy-  
9 chischen Erkrankungen und der Jugendhilfe werden mit beste-  
10 henden Trägern ausgebaut und gefördert

11 Der Ausbau des Krisendienstes ist eine großartige und wichtige  
12 Entwicklung! Parallel dazu fällt allerdings auf, dass aktuell in der  
13 Corona-Pandemie die Kontaktmöglichkeiten und die profession-  
14 nelle Tagesstrukturierung, auf die viele Menschen angewiesen  
15 sind, in vielen Bereichen wegfallen. Hier benötigt es schnell neue  
16 Ideen und deren Umsetzung. Schon vor der Corona-Pandemie  
17 war immer wieder deutlich, dass Jugendliche und junge Erwach-  
18 sene mit psychischer Erkrankung durch bestehende Angebote  
19 nicht gut aufgefangen werden. Hier benötigt es Gespräche mit  
20 Betroffenen und mit bestehenden Einrichtungen und die Ent-  
21 wicklung und Förderung von neuen Ideen.

# Antrag O 1

Antragsteller\*in: Jusos Ansbach  
Adressat\*innen: Bundesparteitag, Landesparteitag, Bezirksparteitag,  
Unterbezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, Juso  
Landeskongferenz, Juso-Bezirkskonferenz

## 1 ONLINE-PLATTFORM FÜR ANTRÄGE - 2 ANTRAGSARBEIT ERLEICHTERN

3 Die SPD ist eine Mitgliederpartei und steht und fällt mit dem En-  
4 gagement ihrer Mitglieder. Für viele Mitglieder ist das Antrags-  
5 wesen jedoch unübersichtlich und intransparent. Ob zu einem  
6 Thema bereits ein Antrag abgestimmt wurde, in welcher Ebene  
7 ein eigener Antrag gerade diskutiert wird oder ob er bereits abge-  
8 lehnt wurde, lässt sich nur schwer ermitteln. Deshalb fordern wir  
9 den Parteivorstand auf, eine Online-Plattform einzurichten, die  
10 sich dem Antragswesen der SPD widmet. Diese sollte mindestens  
11 Folgendes enthalten:

- 12 • Ein Archiv mit aktueller Beschlusslage, welches nach Themen  
13 geordnet ist.
- 14 • Die Möglichkeit den Status aller Anträge mithilfe einer Kenn-  
15 nummer abzufragen.

16 Alle Anträge der SPD und ihrer Untergliederungen sollen über  
17 diese Plattform abgewickelt werden.

# Antrag R 1

Antragsteller\*in: AfB Mittelfranken

Adressat\*innen: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

## 1 AUSDEHNUNG DES AUFGABENBEREICHES 2 DES ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEN

3 Der Aufgabenbereich des „Beauftragten der Bayerische Bayeri-  
4 schen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemi-  
5 tismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe“ soll auf  
6 alle Formen des Rassismus und der Diskriminierung ausgedehnt  
7 werden.

8 Die AfB unterstützt aus Überzeugung die Arbeit des „Beauftrag-  
9 ten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und  
10 gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtli-  
11 ches Erbe“ und die Arbeit der Recherche11 und Informationsstelle  
12 Antisemitismus Bayern (RIAS), die beim Bayerischen Jugendring  
13 angesiedelt ist. Antisemitismus abzuwehren durch Zivilcourage,  
14 Aufklärungsarbeit und Demokratieerziehung, muss für uns eine  
15 Selbstverständlichkeit sein.

16 Die aktuell zu beobachtenden Vermischungen des Antisemi-  
17 tismus mit verschiedenen Verschwörungstheorien im rechts-  
18 extremen Spektrum bereiten uns Sorge. Bildung im Geiste des  
19 Humanismus und unserer Verfassung schließt antisemitische  
20 Haltungen, Äußerungen und Handlungen kategorisch aus.

21 Wir halten es allerdings auch für notwendig, die anderen poli-  
22 tisch und religiös begründeten Vorteile, Diskriminierungen und  
23 Ausgrenzungen genauso ernst zu nehmen wie das Engagement  
24 gegen Antisemitismus. Das betrifft zum Beispiel die Islamfeind-  
25 lichkeit, den Antiziganismus und andere Formen des Rassismus.  
26 Es wäre deshalb anzustreben, die Beauftragung bei der Staats-  
27 regierung auszudehnen auf alle Formen des Rassismus und der  
28 Diskriminierung.

29 Eine solche breiter angelegte Anti-Diskriminierungs-Beauftra-  
30 gung entspräche auch den Prinzipien des Grundgesetzes und der  
31 bayerischen Verfassung.

# Antrag S 1

Antragsteller\*in: AfB Mittelfranken  
Adressat\*innen: Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

## 1 KINDERARMUT BEKÄMPFEN

2 Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, im bayerischen  
3 Landtag zu beantragen, Kinderarmut sofort, unmissverständlich  
4 und kompromisslos zu bekämpfen. Ferner soll die SPD-Fraktion  
5 darauf hinwirken, die Bereitstellung von materieller Ausstattung  
6 zu vereinfachen, durch Schul-, Erziehungs- und Bildungseinrich-  
7 tungen vorausgehend definieren zu lassen, und diese bedarfsge-  
8 recht aus kommunalen, staatlichen und Bundesmitteln zuverlässig  
9 abzusichern.

10 „Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf.  
11 Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.“ In den  
12 letzten zehn Jahren ist es leider nicht gelungen, die Armutsge-  
13 fährdungsquote von Kindern zu verringern. Dies zeigt, dass hier  
14 mehr getan werden muss. Öffentliche Kindertagestätten, Kin-  
15 dergärten und Schulen sollen Räume zur freien, erfolgreichen  
16 und individuellen Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen sein  
17 und bleiben. Dies setzt eine großzügige materielle Ausstattung  
18 aller Kinder in staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtun-  
19 gen voraus.

20 Bevor gleichberechtigte und solidarische Teilhabe in erzieheri-  
21 schen Prozessen ermöglicht werden kann, ist eine Klärung der  
22 sozialen Herausforderungen und der materiellen Bedingungen  
23 erforderlich. Bevor im Jahre 2025 das Ganztagesfinanzierungsge-  
24 setz (2 Milliarden Euro aus 23 Bundesmitteln) greift, fordern wir,  
25 Kinderarmut in Schulen auf landespolitischer Ebene sofort und  
26 unmissverständlich zu bekämpfen.

27 Die Corona-Pandemie hat ganz besonders hart unprivilegierte  
28 Familien, sozial schwache Schülerinnen und Schüler, psychisch  
29 erkrankte Personen und instabile Elternhäuser betroffen. Die-  
30 se genannten litten am gravierendsten unter Einschränkungen  
31 der Erziehung und des Präsenzunterrichts. Während der Corona-  
32 Pandemie haben sich die Schere zwischen Reichtum und Armut,  
33 sowie die bestehenden sozialen Ungleichheiten in der Bildung  
34 deutlich manifestiert. Die Landespolitik trägt dieser Problematik  
35 aktuell nicht in ausreichender Weise Rechnung.

36 Wir fordern, den Bedarf an materieller Ausstattung für sozial be-

37 nachteiligte Schülerinnen und Schüler klar und pauschal zu er-  
38 mitteln und die Antragsstellung für alle Bedürftigen zu vereinfachen und diese über Bundes-, Landes- und kommunale Mittel  
39 auszuschütten. Ansprechpartner für die Bedarfsermittlung sollten die Jugendsozialarbeiter an Schulen (JAS), Schulpsychologen,  
40 Sozialpädagogen und das Jugendamt sein.  
41  
42 Ferner fordern wir, dass:  
43  
44 • alle weiterführenden Schulen mit Sozialpädagogen (JAS) und  
45 Schulpsychologen auszustatten  
46 • Anträge für finanzielle Hilfen deutlich vereinfacht und in allen Schularten bedarfsgerecht ausgeteilt werden  
47  
48 • der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter unverzüglich umgesetzt wird  
49  
50 • bei Schulneubauten der sozialen Stadtentwicklung eine größere Bedeutung beigemessen wird  
51  
52 • digitale Leihgeräte unbürokratisch angeboten werden  
53 • gesunde Kita- und Schulverpflegung kurzfristig für alle zu angemessenen Preisen und langfristig kostenlos angeboten werden  
54  
55  
56 • weitere Studienräume, Bibliotheken und Räume in der Schule geschaffen und vereinfacht zugänglich gemacht werden  
57  
58 • Nachhilfeangebote im kommenden Schuljahr 2021/22 beibehalten bzw. ausgeweitet werden  
59  
60 • kulturelle Angebote bei Schulveranstaltungen kostenlos angeboten werden  
61  
62 • flächendeckend Ganztagesangebote überall Realität werden  
63 • Schulklassen in Bayern auf die maximale Anzahl von 28 Schülerinnen und Schülern zu begrenzen.  
64  
65 Von einer einfacheren und gerechteren Sach- und Finanzausstattung profitieren die jetzige, sowie zukünftige Kindergenerationen. Wir definieren Armut nicht ausschließlich über materielle  
66 Werte, sondern auch über selbstbewusstes, individuelles und vor allem sprachliches Wissen und die Möglichkeit gerechter und sozialer Teilhabe. Miteinander in Kontakt treten zu können und vom Austausch mit Kindern aller Gesellschaftsschichten zu lernen, ist  
67 wichtig. Daher ist es im Sinne aller, genügend Zeit und Räume, Ausstattung und Mittel – digital und analog – bereitzustellen,  
68 um das Recht auf freie Bildung, sprachliche Förderung sowie interkulturelle Erziehung in einem so reichen Land wie Bayern so zu  
69 verwirklichen, wie es unsere Verfassung vorschreibt.  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76

# Antrag S 2

Antragsteller\*in: SPD Nürnberg

Adressat\*innen: SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag

## 1 KOSTENFREIHEIT DER BILDUNG AUCH FÜR 2 ATLANTEN, FORMELSAMMLUNGEN UND 3 ÜBRIGE LERNMITTEL

4 Änderung der Formulierung Art. 21 Abs. 3 des bayrischen Schul-  
5 finanzierungsgesetzes. Streichung : „Auch die Kosten für Kopier-  
6 geld, Atlanten“ dafür Internetzugang muss unter die Kostenfrei-  
7 heit der Bildung fallen. (Intention)